

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 78 (2007)
Heft: 4

Artikel: Gerontologe und Ökonom Johannes Baumann zur Entwicklung der Pflegekosten : "Wahrscheinlich haben sich alle mit der Situation abgefunden"
Autor: Steiner, Barbara / Baumann, Johannes
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-805025>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gerontologe und Ökonom Johannes Baumann zur Entwicklung der Pflegekosten

«Wahrscheinlich haben sich alle mit der Situation abgefunden»

■ Barbara Steiner

Johannes Baumann, Gerontologe, Ökonom und Leiter des Pflegezentrums Eulachthal in Elgg (ZH), erwartet von der neuen Pflegefinanzierung keine Wunder und ruft zu mehr Bescheidenheit auf.

■ *Herr Baumann, wie viel kostet ein Aufenthalt im Pflegezentrum Eulachthal?*
Johannes Baumann: Wir unterscheiden zwischen den Vollkosten für einen Aufenthaltstag und der Abgeltung dieser Kosten, den Kostenübernahmen. Die Vollkosten inklusive Investitionskosten betragen im Pflegezentrum Eulachthal zurzeit im Durchschnitt zirka 350 Franken pro Patient und Tag. Dabei ist zu beachten, dass wir ein reines Pflegezentrum sind, das heisst keine Altersheimabteilung betreiben und vorwiegend schwer pflegebedürftige Menschen begleiten. Rund 50 Prozent unserer Patienten kehren nach einer Übergangspflege wieder nach Hause zurück. Wir beschäftigen deshalb auch zwei teilszeitig angestellte Ärzte, die rund um die Uhr während 365 Tagen für Notfälle zur Verfügung stehen.

■ *Wie hoch ist der Anteil für Pension und Betreuung ausserhalb des KVG-Bereichs?*
Baumann: Die Pensions- und Betreuungstaxe liegt zwischen 155 Franken pro Tag für einen Platz in einem Dreibett-Zimmer mit Dusche und WC und 209 Franken pro Tag in einem Einzimmer mit Dusche und WC. Rund 10 Franken pro Tag steuern die sechs

Johannes Baumann analysiert am Computerbildschirm eine Statistik.

Fotos: bas



Mitgliedgemeinden des Pflegezentrums Eulachthal an die Kosten bei. Einwohner anderer Gemeinden zahlen deshalb einen entsprechenden Zuschlag.

■ *Wie viel bezahlen die Krankenkassen an die Pflegekosten?*
Baumann: Für die pflegerischen Verrichtungen im Mittel zirka 65 Franken, für Arzt, Arznei und Therapie im Mittel rund 15 Franken pro Tag. Der Kostendeckungsrad im KVG-pflichtigen Bereich beträgt rund 50 Prozent. Dies ergibt bei höherer Pflegeintensität einen Fehlbetrag von rund 100 Franken pro Tag und Patient.

■ *Wer kommt für diesen Betrag auf?*
Baumann: Einerseits die Bewohnerinnen und Bewohner, indem sie für die Pension und Betreuung eher zu viel zahlen und so die Pflege quersubventionieren, andererseits die Zweckverbandsgemeinden über die Defizit- und die Investitionsbeiträge, die sie sofort auf null abschreiben. Der Kanton Zürich hat sich im Laufe der Jahre grösstenteils aus der Verantwortung gezogen. Für die alten Leute ist es eine Katastrophe, wenn sie wegen der hohen Heimkosten ihr Ersparnis dahinschmelzen sehen. Der Generation, die heute im Pflegeheimalter ist, ist es wichtig, dass sie beim Tod etwas

hinterlassen kann. Ist dies nicht möglich und sind die Leute gar auf Fürsorgeleistungen angewiesen, haben sie das Gefühl, versagt zu haben. Manche Bewohnerinnen und Bewohner betrachten bereits die Ergänzungsleistung als Sozialhilfe, dabei ist sie doch Bestandteil der AHV.

■ *Gerade auf dem Land leben viele alte Leute bescheiden, besitzen aber*

Mann hat darunter sehr gelitten. Man hinterlässt doch keine Schulden!

■ *Müssen Sie oft erklären, weshalb die Heimrechnung so teuer ist?*
Baumann: Ich werde hin und wieder auf der Strasse auf das Defizit des Pflegezentrums angesprochen und bekomme mit vorwurfsvollem Unterton zu hören, die Spitex schreibe immer gebucht wird, wird dabei völlig ausgeblendet. Grundsätzlich dominiert in der Bevölkerung nach wie vor die Ansicht, dass ein Heimaufenthalt viel teurer ist als das Leben in der eigenen Wohnung mit Spitexunterstützungen. Dies mag bis zu einem bestimmten Grad an Pflegebedürftigkeit auch stimmen. Allerdings werden dabei oft nicht die effektiven Gesamtkosten

verglichen. Dies verfälscht das Bild. Berücksichtigt werden müssten jeweils auch die Leistungen der Angehörigen und freiwilligen Helferinnen und Helfern sowie der Nachbarn. In erster Linie sollten aber nicht die Finanzen den Aufenthaltsort des betagten Mitmenschen bestimmen, sondern es ist nach Möglichkeit dem Wunsch der betroffenen Person – auch in Anhorung der Angehörigen – zu entsprechen. Zu Hause ist man in den eigenen vier Wänden, hat dafür aber vielleicht weniger Sozialkontakte und Sicherheit, im Pflegezentrum ist man unter den Leuten und hat eine erhöhte Sicherheit.

■ *Warum versucht niemand, die Krankenkassen stärker in die Pflicht zu nehmen? Immerhin beabsichtigte der Souverän bei der Verabschiedung des Krankenversicherungsgesetzes, die*

Pflegezentrum Eulachthal

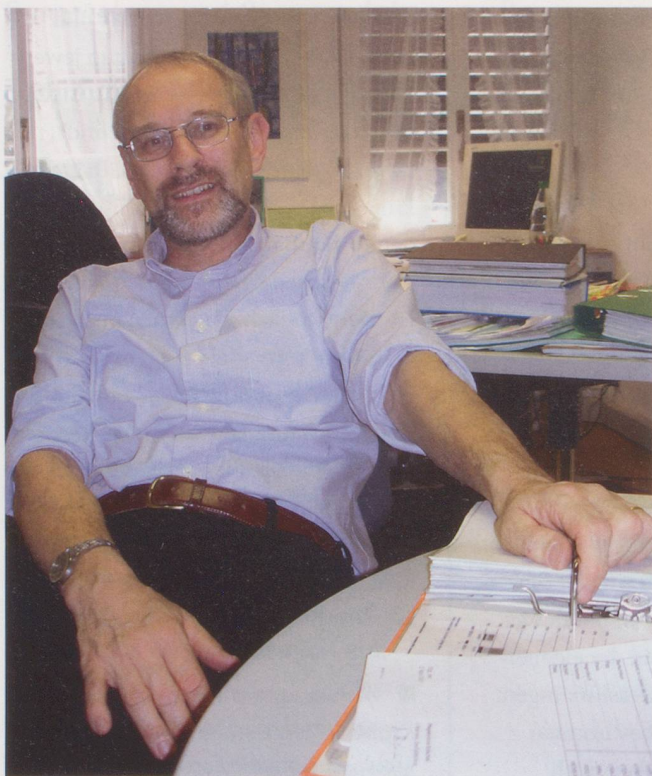
Im Pflegezentrum Eulachthal mit seinen Satellitenbetrieben leben gegen 90 betreuungs- und pflegebedürftige Menschen längerfristig, zur Rehabilitation oder zur vorübergehenden Entlastung betreuender Angehörigen. Betrieben wird die Einrichtung vom Zweckverband Pflegezentrum Eulachthal mit den Gemeinden Elgg, Elsau, Bertschikon, Schlatt, Hofstetten und Hagenbuch. Das Zentrum beschäftigt 140 Mitarbeitende, die sich rund 90 Vollzeitstellen teilen. Seit 2000 leitet Johannes Baumann das Pflegezentrum Eulachthal. Der Gerontologe und Ökonom ist seit 1978 im Gesundheitswesen tätig. Die ersten 13 Jahre arbeitete er als Adjunkt im Kinderspital Zürich und wechselte dann in die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich, wo er als Betriebswirtschaftler in der Abteilung Tarife und Betriebswirtschaft tätig war. Danach war er während sieben Jahren kaufmännischer Leiter in der ipw (Integrierte Psychiatrie Winterthur) Klinik Schlosstal in Winterthur (vormals Krankenhaus Wülflingen), wo er sein Büro direkt neben einer geschlossenen Station hatte und dadurch direkt mit der Problematik von hochbetagten, verwirrten Patienten konfrontiert wurde.

Zwei eigenständige Betriebe beziehen Leistungen vom Pflegezentrum Eulachthal: Der «Lichtblick» in Elgg und das Zentrum Sonne in Rätterschen. Im «Lichtblick», einer grosszügigen Villa mitten im Städtchen, leben 10 demente mobile Menschen, die nicht mehr bei ihren Angehörigen wohnen können und auf Betreuung angewiesen sind. Das Zentrum Sonne in Rätterschen bietet 14 Betreuungsplätze ohne Heim- und Spitalcharakter mit den Kernfunktionen Psychogeriatric, Altersheim Plus und Pflegenotfälle an. Es wurde vor allem geschaffen für Menschen mit körperlichen oder psychosozialen Problemstellungen, für die eine Platzierung in Pflegeheimen oder Psychiatriekliniken nicht zwingend oder sogar ungeeignet ist. Hinter dem «Lichtblick» und der «Sonne» steht als Kapitalgeberin und Risikoträgerin die Gemeinnützige Stiftung Eulachthal.

(bas)

eine in vielen Fällen abbezahlte Liegenschaft.

Baumann: Wenn ein Ehepaar mit AHV-Mindestrente ein Haus besitzt und der Mann oder die Frau pflegebedürftig wird, bleibt in der Regel nichts anderes übrig, als die Liegenschaft zu veräussern – zuweilen sogar unter ihrem Wert. Sehr traurig stimmte mich das Schicksal eines Handwerkers, welcher Jahre über die Pensionierung hinaus in seiner Werkstätte kleinere Arbeiten verrichtete. Als seine Frau pflegebedürftig wurde, musste er Haus und Werkstätte aufgeben. Wir fanden zwar eine neue Lösung, indem er einen Hypothekarkredit aufnahm, aber der



Grosses Sparpotenzial ortet Johannes Baumann in der Freiwilligenarbeit.

Hoffnungen, dass sich viel ändern wird. Die Krankenkassen haben in den eidgenössischen Räten eine zu starke Lobby. An der Neuregelung stört mich vor allem, dass man an die Grundpflege nur noch einen Beitrag zahlen will. Sowohl im Palliativbereich wie im Bereich der Übergangspflege ist die Grundpflege eminent wichtig, denken wir an die Dekubitusprophylaxe. Eine Teilfinanzierung könnte die

Qualitätsanstrengungen bei erhöhtem Kostendruck zunichte machen. Ich bin der Meinung, dass sämtliche pflegerischen und betreuerischen Leistungen in den KVG-Bereich gehören. Die Pensions- und Investitionskosten könnte man dagegen komplett rausnehmen. Hier wäre auch ein Sparpotenzial, übrigens auch im Akutspitalbereich. Komfort im Hotelleriebereich muss und soll klar rentabel sein.

■ Können sie die alten Menschen im Heim überhaupt noch wohl fühlen, oder denken sie immerzu ans viele Geld, das der Aufenthalt kostet?

Baumann: Ob sich jemand daheim wohler fühlt oder im Heim, hängt primär davon ab, was für die Person Lebensqualität ausmacht. Es kommt immer wieder vor, dass jemand beispielsweise nach einem Spitalaufenthalt zu uns kommt und dann gleich

gesamten Pflegekosten durch die Kassen decken zu lassen.

Baumann: Die Zürcher Pflegeeinrichtungen haben sich ja für höhere Tarife gewehrt und sind bis vor den Bundesrat als höchste Instanz gezogen. Aber dieser hat gegen sie entschieden und die Ansätze in den tieferen Besa-Stufen sogar gesenkt. Meines Wissens ist bisher weder ein Heimbewohner noch ein Angehöriger gegen die Praxis der Krankenkassen vorgegangen. Vermutlich sind sich halt einfach alle bewusst, dass die Kosten für die Pflege vorhanden sind und von irgendwem getragen werden müssen: vom Prämienzahler, vom Steuerzahler oder vom Patienten. Oft wird übrigens vergessen, dass in Pflegeheimen nicht nur alte Leute leben. Wir haben bei uns beispielsweise auch jüngere Multiple-Sklerose-Kranke, die praktisch rund um die Uhr betreut werden müssen.

■ Was erhoffen Sie sich von der Neuregelung der Pflegefinanzierung?

Baumann: Ich mache mir keine grossen

Verhandlungen und Vorstösse

In der Auseinandersetzung zwischen Pflegeeinrichtungen und santésuisse über die Höhe der Pflegetarife im Kanton Zürich hat der Bundesrat im vergangenen Sommer entschieden, dass die Krankenversicherer noch weniger als bislang bezahlen müssen. Weil er geltende Tarife zum Teil rückwirkend senkte, drohen Heimbewohnenden Rückzahlungen an die Krankenkassen. Ob diese tatsächlich Forderungen stellen werden, ist nach wie vor offen: Die Verhandlungen mit santésuisse seien noch nicht abgeschlossen, sagt Ruth Rutman, Geschäftsleiterin von Curaviva Kanton Zürich. Denkbar sei, dass die Krankenversicherer auf Rückzahlungen verzichteten, dies aber teuer verkaufen wollten und künftig die Pflegeeinstufungen kontrollieren möchten. Es gelte nun, die Interessen der Parteien Heime, Bewohner und Krankenversicherer unter einen Hut zu bringen. Überprüfungen, die mehr als nur formaler Natur seien, erforderten aus Datenschutzgründen das Einverständnis der betroffenen Bewohner, so Rutman. Allenfalls sei künftig eine Generalklausel in die Heimverträge aufzunehmen. Rutman hofft auf eine Einigung mit santésuisse vor Ende April.

Vor dem Hintergrund der juristischen Auseinandersetzung haben die beiden Zürcher Kantonsräte Christoph Schürch (sp, Winterthur) und Hans Fahrni (evp, Winterthur) ein Postulat eingereicht. Sie verlangen darin, der Kanton Zürich solle wie andere Kantone tiefer in die Tasche greifen und die nicht gedeckten Pflegekosten übernehmen. Heute würden sie von den meisten Heimen auf die Bewohnenden abgeschoben, und viele von ihnen würden dadurch in die Sozialhilfe getrieben. Der Regierungsrat empfiehlt dem Kantonsrat allerdings, den Vorstoss nicht zu überweisen. Es zeichne sich ab, dass die Krankenversicherer auch mit der neuen Pflegefinanzierung lediglich einen Teil der Pflegekosten zu begleichen hätten und die Bewohnerinnen und Bewohner weiterhin zur Kasse gebeten würden. Allerdings soll der Höchstbetrag für Ergänzungsleistungen aufgehoben werden, sodass ein Fehlbetrag grösstenteils damit gedeckt werden könne.

(bas)

Auch Thema bei Ombudsstellen

Von den 86 Beschwerden gegen Alters- und Pflegeheime, welche die unabhängige Beschwerdestelle für das Alter (UBA) Zürich und Schaffhausen im vergangenen Jahr zu behandeln hatte, betrafen 23 die Heimkosten an sich und 10 die Pflegekosten im Speziellen – sei es, weil die Angehörigen oder die Betagten selber mit der Einstufung nach Besa oder Rai nicht einverstanden waren, sei es wegen der mangelhaften Abdeckung durch die Krankenkassen. „Die heutige Situation ist untragbar“, stellt UBA-Präsidentin Anja Bremi denn auch fest. Weil die Krankenkassen nicht die vollen Pflegekosten übernehmen, rechneten die Alters- und Pflegeheime einen Teil davon über die Posten Hotellerie und Betreuung ab. An sich sei dies intransparent und nicht korrekt – aber letztlich müssten die Institutionen ja auch über die Runden kommen. Auch einige Kantone bemühen sich zu wenig um diese Fragen. Die Angehörigen würden jeweils über die unbefriedigende Lage aufgeklärt. Bislang sei es nie so weit gekommen, dass eine Familie ein Heim verklagt habe. Angesichts der Tatsache, dass die Neuordnung der Pflegefinanzierung ja schon lange pendent sei, sei auch von keiner Seite her ein Musterprozess forciert worden: „Dies hätte viel Geld gekostet und auch nur zu einer Zwischenlösung geführt“. Von der neuen Pflegefinanzierung erhofft sich Bremi in erster Linie, dass künftig die richtigen Anreize geschaffen werden: „Heute übernehmen die Krankenversicherer die gesamten Kosten, bis auf den Selbstbehalt, für einen Spitalaufenthalt. Bei einer Spitex- oder Heimplösung werden die Patienten zur Kasse gebeten, obschon sie günstiger sind und für die Lebensqualität der Betroffenen grosse Vorteile haben. Das ist für die Bevölkerung nicht nachvollziehbar“. Primäres Ziel müsse künftig sein, dass die alten Menschen so lange wie möglich daheim gepflegt und betreut würden. Dies müsse auch in der Finanzierung zum Ausdruck kommen. Dass die Krankenkassen bei einem Heimeintritt wie bei der Verabschiedung des KVG beabsichtigt, je die vollen Kosten zu übernehmen, sei wohl illusorisch, meint Bremi. Es dürfe aber auch nicht sein, dass das Vermögen von Betagten aus dem Mittelstand als Folge eines Heimaufenthalts einfach aufgebraucht werde. Von den Beschlüssen des Ständerats zeigt sich Bremi enttäuscht: „Es hat sich gezeigt, dass die Krankenversicherer dort eine sehr starke Lobby haben“. Die alten Menschen könnten sich nicht mehr wehren, und jene, die es für sie täten, hätten oft einen schweren Stand. Sie hoffe nun, dass der Nationalrat noch einige Korrekturen vornehme, auch mit einer neuen zeitgemässen Definition der Pflege. Als notwendig erachtet es Bremi auch, dass das Geschäft nun zügig behandelt wird: „Der momentane Zustand darf nicht mehr Jahre andauern.“

Verena Enzler, Leiterin Ombudsstelle für betreute ältere Menschen im Kanton Aargau, kamen im ersten Betriebsjahr der Stelle keine Klagen darüber zu Ohren, dass die Krankenkassen nicht alle Pflegekosten übernehmen: „Wahrscheinlich sind sich viele Bewohnerinnen und Bewohner und ihre Angehörigen gar nicht bewusst, dass hier eine ungute Situation herrscht“, vermutet Enzler. Die Betroffenen akzeptierten es als Fakt, dass sie einen Teil der Pflegekosten tragen müssten, und hinterfragten den Umstand eher selten. Hingegen gelangten immer wieder Angehörige an die Ombudsstelle, welche grundsätzlich Mühe bekundeten mit der Höhe der Heimrechnungen. Zum Teil liege dies auch darin begründet, dass ihre Verwandten im Heim ihnen gegenüber ihren Gesundheitszustand besser darstellten, als er wirklich sei. Es sei für die Angehörigen dann oft schwer nachvollziehbar, weshalb der Pflegeaufwand so gross sei. Oft stelle sie fest, dass die Heime zu wenig klar erklärten, weshalb beispielsweise die Umstufung in einer höheren Besa-Stufe notwendig sei: „Mit einer offenen Kommunikation liesse sich manches Missverständnis vermeiden“. In Einzelfällen könne es aber auch tatsächlich so sein, dass eine Einstufung unkorrekt sei und zu hohe Kosten verrechnet würden. Von der neuen Pflegefinanzierung erhofft sich Enzler in erster Linie klare Verhältnisse: „Die Kosten sind nun einmal da, und irgendjemand muss sie tragen.“ Eindämmen liessen sie sich wohl nur, wenn die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger zu Hause gefördert würde, sagt sie. (bas)

bleiben will, weil hier das soziale Umfeld stimmt und es auch seine guten Seiten hat, wenn man sich um nichts mehr kümmern muss. Andererseits gibt es auch Menschen, die um jeden Preis wieder in ihre vier Wände zurückkehren wollen. Das gilt es zu respektieren. Grundsätzlich ist der Ruf der Schweizer Heime ja zum Glück viel besser als jener beispielsweise deutscher Einrichtungen. Eine Weile lang war es ja auch ziemlich populär, im Alter in ein Heim zu ziehen. Der starke Anstieg der Kosten hat die Attraktivität der Einrichtungen natürlich stark vermindert und auch dem Image geschadet.

■ Wie lassen sich die Kosten der Pflegeheime Ihres Erachtens in den Griff kriegen?

Baumann: Wahrscheinlich kommen wir nicht darum herum, wieder etwas bescheidener zu werden. In den letzten Jahren sind mit Blick auf die Qualitätssicherung verschiedene Massnahmen entwickelt worden, die einen immer höheren administrativen Aufwand erfordern. Bei manchen bin ich nicht sicher, ob sie wirklich zum Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner beitragen. Sicher sind Kontrollinstrumente und Statistiken wichtig. Aber sie dürfen nicht von den pflegebedürftigen Menschen und ihren tatsächlichen Bedürfnissen ablenken. Kürzlich hatten wir Besuch von einer ehemaligen Krankenschwester, die an ihrem 90. Geburtstag unbedingt noch einmal ihren Beruf ausüben wollte. Sie arbeitete den ganzen Tag in ihrer alten Tracht hier mit. Am Abend meinte sie, es habe sich eigentlich gar nicht viel verändert in der Pflege, nur der Papierkrieg sei enorm gross geworden. Diese Beobachtung bestätigt mich in meiner Überzeugung, dass wir mit den Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, wirklich haushälterisch umgehen und sie dort einsetzen müssen, wo sie den Bewohnerinnen und Bewohnern möglichst direkt zu Gute kommen.

■ *Das allein dürfte nicht ausreichen ...*

Baumann: Auch beim Bauen könnte man in manchen Fällen mit einer weniger grossen Kelle anrichten. Grosses Potenzial sehe ich in der Freiwilligenarbeit. Sie hilft Kosten sparen, ermöglicht beispielsweise rüstigen Rentnern eine sinnvolle Betätigung und bringt den Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern wirklich etwas. Bei uns übernimmt beispielsweise ein ehemaliger Banker komplizierte und aufwendige finanzielle Abklärungen. Er geht in der Aufgabe völlig auf, und wir sind sehr froh um die Entlastung.

■ *Sind Lohnsenkungen im Pflegezentrum Eulachthal ein Thema?*

Baumann: Nein, wir bezahlen rechte Löhne, verlangen aber auch einiges von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und führen ihnen zudem immer wieder vor Augen, dass es letzt-

lich die Bewohnerinnen und Bewohner sind, welche ihre Löhne bezahlen. Es ist wichtig, dass man das nie vergisst.

■ *Sie haben noch Dreierzimmer.*

Künftige Alte werden sich wohl kaum noch mit einer solchen Unterbringung anfreunden können.

Baumann: Es ist sicher so, dass die Ansprüche steigen werden. Allerdings denke ich, dass es immer Doppelzimmer geben wird – einerseits für Paare, andererseits für jene Menschen, denen es besser geht, wenn sie zu zweit wohnen.

■ *Bereitet Ihnen der Spardruck Bauchschmerzen?*

Baumann: Grundsätzlich fährt man gut, wenn man Sparen als kreativen Prozess versteht. Uns kommt zu Gute, dass wir gar nie in Versuchung kamen zu überborden, weil dem Zweckver-

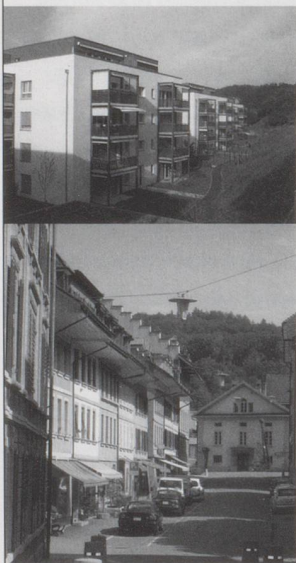
band Pflegezentrum Eulachthal einige der ärmeren Zürcher Gemeinden angehören. Wir waren immer gezwungen, uns um kostengünstige Lösungen und schlanke Strukturen zu bemühen. Die neuen Pflegebetten im «Lichtblick» und im Zentrum Sonne (siehe Kasten) kosteten denn auch nur einen Bruchteil dessen, was man anderswo in Neubauten für einen Pflegeplatz zu investieren bereit ist.

■ *Die neuen Alten sind sich nicht nur an mehr Wohlstand gewöhnt, sondern auch an mehr Individualismus.*

Baumann: Ja, das ist so. Enge soziale Netze mit Verwandten und Freunden, wie sie früher selbstverständlich waren, gehen mit der zunehmenden Mobilität und den Patchwork-Strukturen verloren. Dies wird in Zukunft eine der grossen Herausforderungen der Heime sein. ■

Burdlef

Seniorenresidenz



Planen Sie einen Umbau Ihres Heimes? Suchen Sie eine Übergangslösung für Ihre Bewohnerinnen und Bewohner?

Ab **Mitte 2007** vermieten wir

1 Einzimmer-, 23 Zweizimmer- und 4 Dreizimmer-Wohnungen

in unserem Haus C an zentraler Lage im Zentrum der Stadt Burgdorf, eingebettet in Grünflächen, nur wenige Gehminuten vom Bahnhof entfernt. Das Haus hat einen separaten Eingang, ist also ideal für eine soziale Organisation.

- Jede Wohnung mit Küche, Dusche/WC, Balkon.
- Untergeschoss mit Kellerraum, Waschsalon und Hobbyraum.
- Ideale Lage: Der Bahnhof, das Dienstleistungs- und Einkaufszentrum Neumarkt und etliche Geschäfte liegen in unmittelbarer Nähe.
- Bei Bedarf stehen Ihnen die Infrastruktur und Dienstleistungen der Seniorenresidenz zur Verfügung.

Rufen Sie uns an, wir erarbeiten gerne die passende Lösung für Sie!

Seniorenresidenz Burdlef

Eliane Fischer, Geschäftsführerin, Lyssachstrasse 77, 3400 Burgdorf
Tel. 034 431 00 00, Fax 034 431 00 10
eliane.fischer@burdlef.ch, www.burdlef.ch



Ein Betrieb der
Senevita-Gruppe